

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Kampf gegen Armut: Bildung schafft Wohlstand!

In vielen Entwicklungsländern gelten Programme zur Geburtenkontrolle als ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Armut. Dahinter steht die unter dem Stichwort Demografische Dividende bekannte Annahme: Nach dem Rückgang der Geburtenrate folgt häufig ein wirtschaftlicher Aufschwung. Zu Beginn dieser Ausgabe der *Demografischen Forschung Aus Erster Hand* untersuchen Jesús Crespo Cuaresma, Wolfgang Lutz und Warren Sanderson diesen Zusammenhang. Die Forscher vom Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in Wien belegen, dass die Bildung für das ökonomische Wachstum in ärmeren Ländern viel wichtiger ist als die Geburtenentwicklung. Dabei verwenden sie Daten aus 105 Ländern, die sie miteinander vergleichen. Bildung wirkt sich demnach nicht nur positiv auf die wirtschaftliche Produktivität eines Landes aus, sie führt auch zu einem Geburtenrückgang, der weiteres ökonomisches Wachstum in Gang setzen kann.

Seit langem versucht die Forschung, die Ursachen für die anhaltend niedrige Geburtenrate in Deutschland zu ergründen. Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock haben zu diesem Zweck nun Deutschland mit den deutschsprachigen Grenzregionen in Ostbelgien verglichen. Dort bekommen Frauen deutlich mehr Kinder als hierzulande. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass vor allem die umfassende Betreuungsinfrastruktur für Kinder das unterschiedliche Geburtenniveau erklärt. Sebastian Klüsener und Michaela Kreyenfeld arbeiteten zusammen mit dem belgischen Forscher Karel Neels und nutzten für ihr Vorhaben die Daten des deutschen Mikrozensus sowie die des belgischen Zensus.

Deutsche werden in Zukunft nicht nur immer älter, sondern auch schwerer, so die These von Christina Westphal und Gabriele Doblhammer. Im dritten Beitrag des Newsletters untersuchen beide Forscherinnen vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, wie sich die Zahl der Senioren mit leichtem und schwerem Übergewicht bis zum Jahr 2030 entwickeln könnte. Die Demografinnen haben dafür sechs verschiedene Szenarien simuliert und deutsche mit internationalen Daten verglichen. Tatsächlich wird es in Zukunft aller Voraussicht nach etwas mehr übergewichtige Ältere geben und somit auch mehr Gesundheitsrisiken. Damit steht Deutschland im europäischen Vergleich eher ungünstig da, in Relation zu den USA jedoch deutlich besser.

Norbert F. Schneider

Ökonomie

Entscheidend ist die Bildung

Ein Absinken hoher Geburtenraten setzt alleine noch kein Wirtschaftswachstum in Gang

Kommen in einem Land weniger Kinder zur Welt, kann das zunächst von Vorteil sein. Denn ein steigender Anteil an Menschen im arbeitsfähigen Alter kurbelt die Wirtschaft fast immer an. Forscher des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in Wien haben jetzt jedoch herausgefunden, dass die Bildung für das ökonomische Wachstum viel wichtiger ist.

Vor einem halben Jahrhundert noch galt Südkorea als eines der ärmsten Länder der Welt. Kurz nach dem Ende des Koreakriegs im Jahre 1953 lag das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei umgerechnet rund 100 US-Dollar. Frauen bekamen im Schnitt sechs Kinder.

Doch dann begann die Regierung, Schulen zu bauen und den Aufbau von Unternehmen zu fördern. Parallel dazu entwickelte sie Programme zur Familienplanung. Rasch sanken die Geburtenraten. Inzwischen ist Südkorea zur siebtgrößten Exportnation aufgestiegen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei mittlerweile mehr als 22.000 US-Dollar. Das asiatische Land ist damit ein Musterbeispiel, wie ein Land seine Demografische Dividende einfährt (s. Abb. 1).

Dieser Begriff steht für den Effekt, dass in ehemals kinderreichen Ländern in Folge des Rückgangs der Geburtenraten oftmals ein wirtschaftlicher Aufschwung zu beobachten ist. Dem Modell zufolge kommt es durch die sinkende Kinderzahl zu einem temporären Anstieg des Anteils der erwerbstätigen Bevölkerung. Dieser produktive Teil der Gesellschaft hat in den folgenden Jahrzehnten weniger Kinder und alte Menschen zu versorgen, was wiederum in der Regel dazu führt, dass in dem Land mehr konsumiert und investiert wird. Das wiederum kurbelt die Wirtschaft an. Der Effekt der Demografischen Dividende hatte zur Folge, dass viele Regierungen, vor allem die der ärmeren Länder, Programme zur Geburtenkontrolle lancierten.

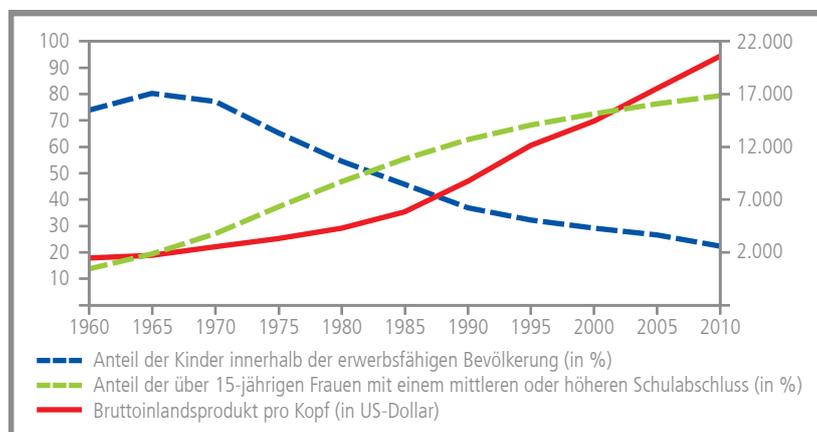


Abb. 1: Zwischen 1960 und 2010 stieg in Südkorea der Anteil an Frauen mit einem mittleren oder höheren Schulabschluss kontinuierlich an. Nahezu zeitgleich sank dort die Zahl der Kinder. Parallel dazu erlebte das Land einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Dieses in vielen Ländern beobachtete Phänomen ist unter dem Begriff „Demografische Dividende“ bekannt. Quellen: IIASA-VID Dataset, World Development Indicators, Penn World Tables.

Dem konventionellen Modell der Demografischen Dividende steht jedoch ein anderes gegenüber: das bildungsgesteuerte Modell (s. Abb. 2). Bei diesem gilt nicht die sinkende Geburtenrate als Auslöser für das Wirtschaftswachstum, sondern die Investition eines Staates in die Bildung seiner Bürger. Diese kommt der Wirtschaft nämlich auf zwei Wegen zugute. Zum einen wirkt sie sich positiv auf die Produktivität der Gesellschaft aus. Zum anderen ist schon lange wissenschaftlich erwiesen, dass gut ausgebildete Frauen weniger Kinder bekommen. Sie weisen ein besseres Verhütungswissen auf und zudem eine erhöhte Erwerbsneigung, die ebenfalls die Kinderzahl reduziert. In dem bildungsgesteuerten Modell macht demnach die Bildung einen (weiteren) Rückgang der Geburtenrate überhaupt erst möglich.

Eine Studie des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital ist jetzt zu dem Schluss gekommen, dass das bildungsgesteuerte Modell der Wirklichkeit sehr viel näher kommt: In Ländern, wo zwar ein Rückgang der Geburtenrate, aber kein Anstieg des Bildungsniveaus zu beobachten war, sei das Wirtschaftswachstum sehr viel schwächer ausgefallen als in Ländern, die in die Bildung ihrer Bürger viel investiert hatten, berichtet das Team um Jesús Crespo Cuaresma in der Fachzeitschrift *Demography*.

Um den Einfluss der beiden Faktoren – Geburtenrate und Bildung – getrennt voneinander untersuchen zu können und so möglichen Kausalzusammenhängen auf die Spur zu kommen, nutzten die Forscher aktuelle, nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu den Bildungsabschlüssen der Menschen in 105 Ländern weltweit. Diese hatten Wissenschaftler des International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) und des Vienna Institute for Demography zuvor zusammengestellt. Auch die Geburtenziffern wurden für jedes der Länder erfasst.

Das statistische Modell, das Crespo Cuaresma und seine Kollegen verwendeten, berücksichtigte den Einfluss des Humankapitals – also die Summe der wirtschaftlich nutzbaren Fähigkeiten, Kenntnisse und Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerung – sowohl auf die Arbeitsproduktivität als auch auf die sogenannte Totale Faktorproduktivität. Diese gibt an, welcher Teil des Produktionswachstums nicht auf den vermehrten Einsatz der Produktionsfaktoren, in der Regel Arbeit und Kapital, zurückgeführt werden kann, sondern als unerklärter Rest übrigbleibt.

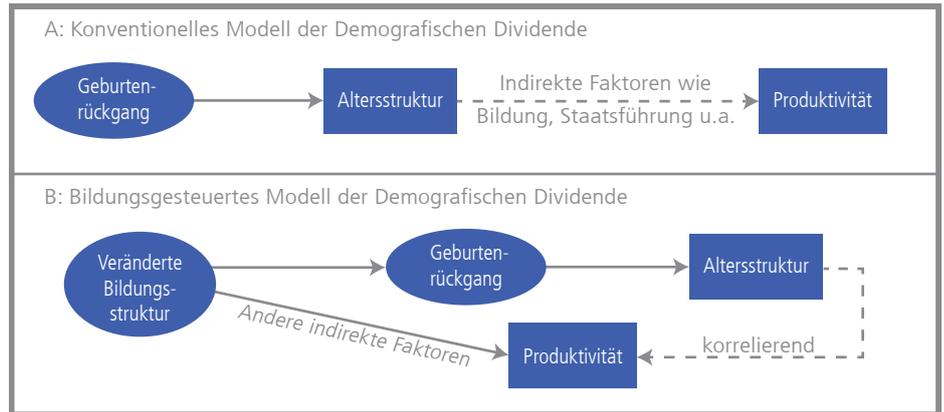


Abb. 2: Das konventionelle Modell der Demografischen Dividende sieht den Geburtenrückgang als den entscheidenden Auslöser für das Wirtschaftswachstum eines Landes an. Das bildungsgesteuerte Modell, das durch die aktuelle Studie gestützt wird, betont hingegen den entscheidenden Einfluss der Bildung. Denn diese wirkt sich nicht nur positiv auf die Produktivität aus, sondern setzt den Geburtenrückgang überhaupt erst in Gang. Quellen: Popnet, IIASA.

Ihre Analysen hätten gezeigt, dass der größte Anteil des ökonomischen Wachstums nicht, wie es das konventionelle Modell der Demografischen Dividende beschreibt, auf den Rückgang der Geburtenrate zurückzuführen sei, berichtet das Team um Crespo Cuaresma. Und würde man als Maß für das Wirtschaftswachstum nicht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner, sondern das BIP pro Person in der Erwerbsbevölkerung heranziehen, ginge der Einfluss der sinkenden Kinderzahlen sogar nahezu auf Null zurück.

„Um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen, genügt es also nicht, einfach nur die Geburtenziffern zu reduzieren“, sagt Crespo Cuaresma. Die neue Studie zeige vielmehr, dass der bisher angenommene Zusammenhang zwischen sinkenden Geburtenziffern und wirtschaftlicher Entwicklung zum größten Teil als ein Effekt besserer Bildung erklärt werden könne. „Wenn das Bildungsniveau der jungen Erwachsenen steigt, hat das gleich zwei positive Effekte: Die Geburtenraten sinken und die Produktivität steigt.“

Dass das bildungsgesteuerte Modell der Demografischen Dividende realitätsnäher sei als das konventionelle Modell, sei für die Zukunftsaussichten der Länder sogar von Vorteil, meinen Crespo Cuaresma und seine Kollegen. Denn nach dem konventionellen Modell haben die Länder nur einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung, um die Demografische Dividende einzufahren.

Unternimmt ein Land keine Anstrengungen, um zeitgleich mit den sinkenden Geburtenraten neue Arbeitsplätze zu schaffen, kann aus der Demografischen Dividende schnell

eine demografische Zeitbombe werden. „Mit der Zeit verändert sich die Altersstruktur des Landes ja wieder und irgendwann müssen sich dann wenige junge Menschen um viele Alte kümmern“, erklärt Crespo Cuaresma. „Ist die Produktivität des Landes jedoch aufgrund einer besseren Bildung gestiegen, sind die Chancen groß, dass der Effekt anhält, auch wenn die Bevölkerung älter wird.“

„Unsere Erkenntnisse unterstreichen, wie wichtig Investitionen in allgemeine Bildung sind, wenn es darum geht, Länder aus der Armut zu holen“, betont auch der Ko-Autor der Studie, Wolfgang Lutz, der Leiter des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital. Denn gerade in Entwicklungsländern ist der Einfluss der Bildung auf das jährliche Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens sehr viel größer als der Einfluss der Altersstruktur (s. Tab. 1). Auch Südkorea hätte ohne die getätigten Investitionen in Schulen und Unternehmen vermutlich kaum einen Weg aus der Armut gefunden.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Jesús Crespo Cuaresma

Literatur

Crespo Cuaresma, J., Lutz, W., Sanderson, W.: Is the demographic dividend an education dividend? *Demography* 51(2014)1, 299-315. DOI: 10.1007/s13524-013-0245-x

Variable	Effekt auf jährliches Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens*		
	alle Länder	OECD-Länder	ärmere Länder
Rel. Veränderung Beschäftigung – rel. Veränderung in der Gesamtbevölkerung	0,59	0,57	0,42
Rel. Veränderung Beschäftigung – rel. Veränderung in der Erwerbsbevölkerung	0,40	0,56	0,22
Rel. Veränderung in der Erwerbsbevölkerung – rel. Veränderung in der Gesamtbevölkerung	0,39	0,28	0,38
(logarithmiertes) Verhältnis Beschäftigung / Gesamtbevölkerung	0,18	0,15	0,10
(logarithmiertes) Verhältnis Beschäftigung / Erwerbsbevölkerung	0,10	0,12	0,05
(logarithmiertes) Verhältnis Erwerbsbevölkerung / Gesamtbevölkerung	0,12	0,08	0,08
Veränderung des Bildungsniveaus der Erwerbsbevölkerung	1,17	0,93	1,31
Durchschnittliches Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung	0,92	0,75	0,92
relative Veränderung Kapital / Beschäftigung	1,35	0,44	1,29

* Es handelt sich dabei um den Einfluss einer Einheit der Standardabweichung der jeweiligen Variable (Angaben in Prozent).

Tab. 1: Die Tabelle zeigt, dass der Einfluss der Bildung auf das jährliche Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens größer ist als der Einfluss der Altersstruktur. Ganz besonders gilt das für Entwicklungsländer. Dargestellt sind jeweils die Veränderungen von der Standardabweichung. Quelle: eigene Berechnungen.

Geburtenrate

Keine Kitas, keine Kinder

Dass Frauen in Deutschland im Vergleich zu Nachbarländern so wenig Nachwuchs bekommen, liegt in erster Linie an mangelnden Betreuungsangeboten

Im europäischen Vergleich ist die Geburtenrate in Deutschland seit Jahrzehnten eher niedrig. Ursache hierfür sind jedoch nicht etwa kulturelle Einflüsse, sondern vielmehr Defizite in der Familienpolitik. Das zeigt ein Vergleich mit der deutschsprachigen Region im Nachbarland Belgien, den Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock vorgenommen haben.

Ein Leben ohne Kinder: Manche Paare ziehen es dem anstrengenden Alltag mit einer Familie vor. Sie genießen ihren Beruf, den Luxus und die Freiheit, die ihnen ihr kinderfreier Lebensstil ermöglicht. Vor allem in den deutschsprachigen Ländern genießen die sogenannten Dinks (double income, no kids) eine hohe Akzeptanz.

Viele Forscher waren daher in der Vergangenheit zu dem Schluss gekommen, dass die niedrige Geburtenrate in Deutschland hauptsächlich die Folge einer kulturellen Besonderheit ist. Dass sie mit dieser Annahme womöglich irren, legt jetzt eine Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock nahe.

Ein Team um Sebastian Klüsener konnte zeigen, dass Frauen in der deutschsprachigen Region Belgiens deutlich mehr Kinder kriegen als die Frauen hierzulande. Da Belgien anders als Deutschland seit langem über ein gut ausgebautes Betreuungssystem verfügt, identifizieren Klüsener und seine Kollegen vor allem einen Grund für die hiesige niedrige Geburtenrate: den Mangel an Betreuungsangeboten.

Für ihre Studie haben die Demografen Daten des belgischen Zensus aus dem Jahr 2001 und des deutschen Mikrozensus von 2008 analysiert. Anhand dieser repräsentativen Individualdaten untersuchten sie die Geburtenraten von Frauen der Jahrgänge 1935 bis 1959 in Deutschland, Belgien und speziell der deutschsprachigen Region Belgiens. Diese liegt an der Grenze zu Deutschland und hat Deutsch als Amtssprache. Auch im Alltag der 75.000 Bewohner und im Schulwesen ist Deutsch die dominierende Sprache. Die Deutschbelgier konsumieren häufig deutsche Massenmedien, viele pendeln nach Deutschland zur Arbeit. Gleichzeitig können sie seit fast einem Jahrhundert die belgischen Familienleistungen in Anspruch nehmen.

„Wären kulturelle Normen ausschlaggebend für die Geburtenrate, müsste sie in der deutschsprachigen Region ähnlich niedrig wie in Deutschland sein“, sagt Klüsener. Doch dem ist nicht so: Während die westdeutschen Frauen der Geburtsjahrgänge 1955 bis 1959 während ihres Lebens

im Schnitt nur 1,65 Kinder bekommen hatten, waren es bei den Bewohnerinnen der deutschsprachigen Region Belgiens 1,88. Damit liegen sie sogar noch leicht über dem Niveau des restlichen Landes: In Belgien insgesamt lag die durchschnittliche Kinderzahl dieser Geburtsjahrgänge bei 1,84 (s. Abb.1). Vor allem die Entscheidung für ein drittes Kind erfolgte in allen betrachteten Regionen Belgiens häufiger als in Deutschland.

„Ein gutes Angebot öffentlicher Kinderbe-

treuung scheint für Geburtenentscheidungen wesentlicher zu sein als die gelebte deutsche Kultur“, sagt Klüsener. Denn während sich die deutsche und belgische Familienpolitik bei Leistungen wie Kindergeld und Elternzeit ähneln, unterscheidet sich das Betreuungssystem enorm.

Seit 1950 wurden die Angebote in Belgien kontinuierlich erweitert, was unter anderem dazu führte, dass dort 1970 schon 95 Prozent aller Vierjährigen eine Kita besuchten. In Westdeutschland waren es zu dieser Zeit erst ein Drittel der Kinder, wobei viele nur halbtags betreut wurden. Die Diskrepanz hält bis heute an: Während 2008 in Belgien 43 Prozent der unter Dreijährigen öffentlich-unterstützt betreut wurden, waren es in Westdeutschland im gleichen Jahr nur 10 Prozent.

Andere Einflüsse auf die Geburtenrate konnten die

Bildung	West-deutschland	Belgien (ohne Brüssel)	Belgien (deutschsprachige Region)
niedrig (Referenz)	1	1	1
mittel	0,76	0,85	0,76
hoch	0,51	0,70	0,69

Tab. 1: Die Tabelle beleuchtet den Einfluss der Bildung auf die Wahrscheinlichkeit, dass die Frauen in den untersuchten Regionen in ihrem Leben mindestens ein Kind zur Welt gebracht haben. Je gebildeter die Frauen sind, desto größer ist demnach die Chance, dass sie kinderlos bleiben. In Belgien ist dieser Effekt aber weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Alle Werte sind im Vergleich zur Referenzgruppe (Personen mit niedriger Bildung) signifikant. Quellen: belgischer Zensus 2001, deutscher Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen.

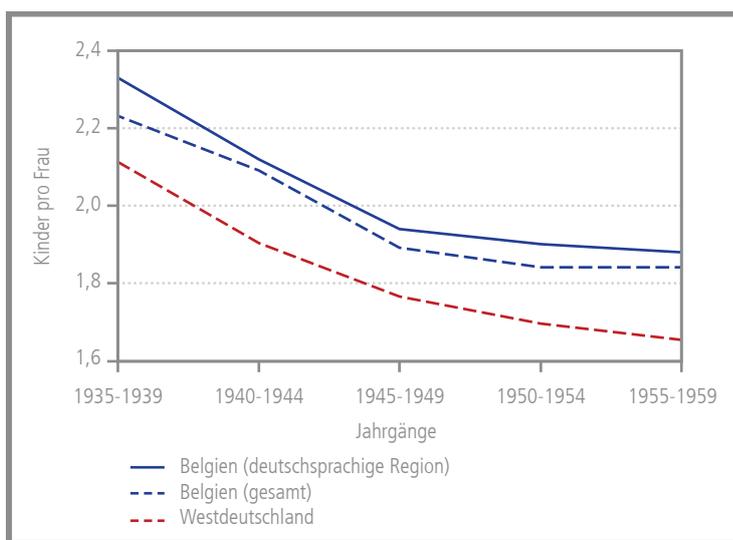


Abb. 1: Frauen in der deutschsprachigen Region Belgiens (ausgenommen deutsche Staatsbürgerinnen oder in Deutschland Geborene) bekommen im Schnitt ähnlich viele Kinder wie Belgierinnen. In Westdeutschland ist die Geburtenrate hingegen deutlich niedriger. Quellen: belgischer Zensus 2001, deutscher Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen.

aktuellen Studie deutlich: Je gebildeter die untersuchten Frauen waren, desto größer war die Chance, dass sie kinderlos blieben. Allerdings ist dieser Effekt in Deutschland sehr viel deutlicher zu beobachten als in der deutschsprachigen Region Belgiens und im restlichen Teil des Landes (s. Tab. 1).

„Aus anderen Studien wissen wir, dass Kinderbetreuungsangebote gerade für gut ausgebildete Mütter wichtig sind“, sagt Michaela Kreyenfeld, die an der Untersuchung beteiligt war. „Unsere Ergebnisse passen in dieses Bild.“ Das belgische Betreuungssystem schein Paare in ihrer Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu unterstützen, weil es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert, lautet denn auch das Fazit der Demografen. Und somit ist es kein Wunder, dass in der deutschsprachigen Region Belgiens Anfang des Jahrtausends knapp zwei Drittel der Mütter von null- bis zweijährigen Kindern erwerbstätig waren. In Westdeutschland waren es gerade mal ein Drittel.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Sebastian Klüsener

Literatur

Klüsener, S., Neels, K., Kreyenfeld, M.: Family policies and the Western European fertility divide: insights from a natural experiment in Belgium. *Population and Development Review* 39(2013)4, 587-610. DOI: 10.1111/j.1728-4457.2013.00629.x

Adipositas

Die Deutschen nehmen zu

Im Jahr 2030 wird vermutlich jeder dritte bis fünfte über Fünfzigjährige fettleibig sein

Mit dem Alter steigt das Risiko für Übergewicht. Werden die Deutschen also nicht nur immer älter, sondern auch immer dicker? Wissenschaftlerinnen des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels sind dieser Frage nachgegangen. Erstmals haben sie untersucht, wie sich die Zahl der Senioren mit leichtem und schwerem Übergewicht künftig verändern könnte.

Zu viel Gewicht ist ungesund. All jenen, die zu viele Kilos auf die Waage bringen, drohen Folgekrankheiten. Herz-Kreislauf-Leiden, Typ-2-Diabetes und Arthrose sind nur einige davon. Wer bis ins hohe Alter gesund bleiben möchte, tut daher gut daran, auf sein Gewicht zu achten.

Dennoch registriert die WHO seit langem vor allem steigende Zahlen von Menschen, die als fettleibig gelten. So nahm der Anteil adipöser Männer mit einem BMI über 30 (siehe Glossar) zwischen 1980 und 2008 weltweit von 4,8 auf 9,8 Prozent zu. Bei den Frauen stieg der Anteil von 7,9 auf 13,8 Prozent. Auch die Deutschen blieben von dieser Entwicklung nicht verschont.

Studien dazu konzentrierten sich bislang allerdings nur auf vergangene und gegenwärtige Trends. Christina Westphal und Gabriele Doblhammer vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels haben nun erstmals einen Blick in die Zukunft geworfen: Anhand sechs verschiedener Szenarien haben sie ermittelt, wie sich die Zahlen leicht übergewichtiger und fettleibiger Menschen bis zum Jahr 2030 entwickeln könnten. Dabei konzentrierten sie sich zunächst auf die Gruppe der über 50-Jährigen.

Für ihre Berechnungen verwendeten die Rostocker Demografinnen Zahlen des Statistischen Bundesamtes: zum einen Ergebnisse des Mikrozensus aus den Jahren 1999 bis 2009, zum anderen Daten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von 2009. Da sie die Entwicklung in

Deutschland mit dem gegenwärtigen Zustand anderer europäischer Länder und der USA vergleichen wollten, griffen sie zudem auf die Ergebnisse großer internationaler Studien zurück.

Ihren Analysen zufolge waren im Jahr 2009 rund 15,8 Millionen (48,2 Prozent) der über 50-jährigen Deutschen leicht übergewichtig. Obwohl der Trend zu mäßigem Übergewicht im vergangenen Jahrzehnt sogar etwas rückläufig war, haben Westphal und Doblhammer berechnet, dass die Zahlen bis 2030 vermutlich leicht steigen werden. „Das liegt daran, dass immer mehr Menschen ein Alter erreichen werden, in dem Übergewicht besonders häufig ist“, erklärt Westphal. Nur wenn sich das Tempo des zwischen 1999 und 2009 beobachteten Rückgangs verdoppelt, ist eine sinkende Anzahl an Menschen mit einem BMI zwischen 25 und 30 zu erwarten. Bei allen anderen Szenarien liegt die Zahl der leicht übergewichtigen Senioren im Jahr 2030 zwischen 16,6 und 18,2 Millionen.

Der rückläufige Trend bei leichtem Übergewicht hat allerdings zu einer wachsenden Zahl adipöser Menschen geführt. Als fettleibig galten 2009 rund 6,1 Millionen (18,7 Prozent) der über 50-Jährigen. Bis 2030 wird sich der Anteil der Senioren mit einem BMI über 30 in allen untersuchten Szenarien vergrößern (s. Abb. 1). Westphal und Doblhammer haben ermittelt, dass die Zahl der Adipösen bis 2030 um 80 Prozent steigen wird, sofern sich der Anstieg zwischen 1999 und 2009 im gleichen Tempo fortsetzt. Selbst wenn er sich um 75 Prozent verlangsamt, wird es 30 Prozent mehr Fettleibige geben als 2009.

Im internationalen Vergleich steht Deutschland damit nicht gut da. Zurzeit gibt es hierzulande mehr leicht übergewichtige Senioren als in Spanien, Frankreich und Dänemark. Bei den adipösen über 50-Jährigen rangiert Deutschland an zweiter Stelle hinter Spanien. Schon im Jahr 2020 könnte Deutschland, wenn der gegenwärtige Trend anhält, aber auch hier einen Spitzenplatz einnehmen und das derzeitige hohe Niveau von Spanien erreicht haben, berichten die Demografinnen.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so dramatisch, fällt der Vergleich mit Großbritannien aus. Nur in den USA wird es auch 2030 wahrscheinlich noch sehr viel mehr fettleibige

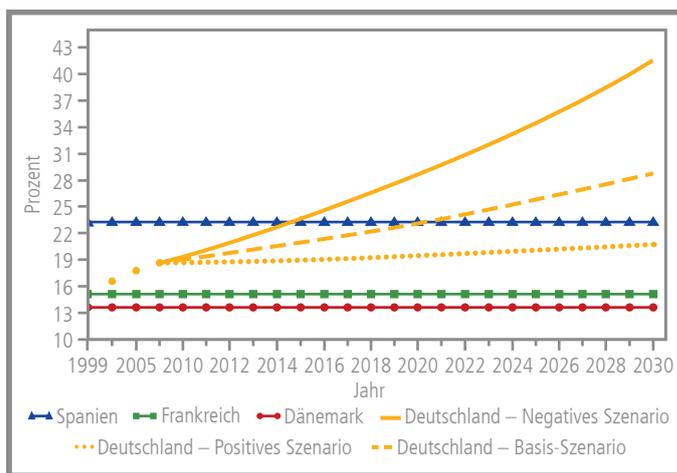


Abb. 1: Die Grafik zeigt, wie sich der prozentuale Anteil der fettleibigen Deutschen im Alter 50+ bis zum Jahr 2030 verändern könnte. Berechnet wurde die Situation für drei Szenarien. Das Basis-Szenario geht davon aus, dass die jährliche Zunahme der Zahl adipöser Menschen bis 2030 dem Tempo der beobachteten Zunahme zwischen 1999 und 2009 ähneln wird. Im negativen Szenario sind die Forscher von einer Beschleunigung des Anstiegs um das Doppelte ausgegangen. Im positiven Szenario verringert sich das Tempo um 75 Prozent. Zum Vergleich ist außerdem der derzeitige Anteil fettleibiger Senioren in Spanien, Frankreich und Dänemark dargestellt. Quellen: Statistisches Bundesamt, SHARE, eigene Berechnungen.

Senioren geben als in Deutschland. Dennoch, so das Fazit der Forscherinnen, entwickle sich Adipositas für die Deutschen zu einem zunehmenden Problem.

Mitautorin der wissenschaftlichen Studie:
Christina Westphal

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Anke Brodmerkel

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Janek Pilzecker

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Glossar

Body-Mass-Index:

Der Body-Mass-Index (BMI) ist eine Maßzahl, um das Körpergewicht eines Menschen zu bewerten. Er berechnet sich aus dem Gewicht in Kilogramm geteilt durch die Körpergröße in Metern zum Quadrat (kg/m^2). Werte zwischen 18,5 und 24,9 gelten als normal. Ein BMI zwischen 25 und 29,9 deutet auf Übergewicht hin. Ab einem Wert von 30 gelten die Betroffenen als fettleibig (adipös). Der 1832 von dem belgischen Statistiker Adolphe Quetelet entwickelte Index stellt allerdings nur einen Richtwert dar. Er berücksichtigt weder das Geschlecht noch die Statur oder den Anteil von Fett- und Muskelgewebe.

Literatur

Westphal, C., Doblhammer, G.: Projections of trends in overweight in the elderly population in Germany until 2030 and international comparison. *Obesity Facts* 7(2014)1, 57-68. DOI: 10.1159/000358738